

Richard Kelber, Dortmund

Beitrag zur Tagung

Grün-alternative Lokalpolitik in der Bundesrepublik – eine Zwischenbilanz

Berlin, 07. Juli 1989

Ich bin hier angekündigt mit dem Thema „Grüne Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen“. Dazu kann ich nicht sprechen. Was man „Vereinheitlichung“ nennt, gibt es derzeit in NRW nicht. Wir haben zwar einen Zusammenschluss „DIE GRÜNEN/Alternativen in den Räten NRW“, aber die Fraktionen legen insgesamt viel Wert auf Autonomie. Gemeinsame Stränge in der Kommunalpolitik zu verfolgen – dieses Ziel wird erst seit kurzer Zeit bewusst angestrebt. Derzeit ist der Informationsaustausch eher zufälliger Natur.

Konzeptionelles Nachdenken über eine mit gemeinsamer Lokalpolitik verbundene Regionalpolitik fehlt nicht nur in der Politik der anderen Parteien und zwischen den regional zusammenhängenden Kommunen, also etwa im Ruhrgebiet. Auch die GRÜNEN und Alternativen Fraktionen tun sich etwas schwer damit, eine Regionalpolitik von unten zu entwickeln. Ein Vorschlag etwa, wie er von der Gruppe „Urbi et Orbi“ aus Frankfurt vorgetragen worden ist, dass eine Großkommune mit „Flächenengpass“ auf dem Gebiet einer anderen, benachbarten Kommune Wohnungen bauen und belegen darf, erscheint gegenwärtig als eher utopische Spinnerei.

Was ich also schildern kann, ist GRÜNE Kommunalpolitik im Ruhrgebiet am Beispiel der Stadt Dortmund. Diese Stadt hat fast 590.000 EinwohnerInnen. DIE GRÜNEN haben seit Jahren rund 300 Mitglieder, wobei die Fluktuation nicht gering ist. Wenn alle dageblieben wären, hätten wir sicher weit über 500 Mitglieder. Gewählt haben uns bei der Kommunalwahl 1984 knapp 30.000 Menschen. Das sind etwa so viele, wie die SPD in Dortmund Mitglieder hat. Diese Zahlenverhältnisse sind wichtig, wenn die Frage beantwortet werden soll: Wer macht GRÜNE Kommunalpolitik mit welchem Erfolg?

Ich darf bei dieser Gelegenheit die Bemerkung, die Halina (die fröhliche Feministin aus Westberlin) gemacht hat, aufgreifen: Es ist erstaunlich, welche Effekte selbst wenige Menschen in politischen Auseinandersetzungen erzielen können. Ich darf das aber erweitern: Dies ist nur möglich auf dem Resonanzboden einer sich bewegenden EinwohnerInnenenschaft. In Dortmund gibt es ein breites Spektrum aktiver EinwohnerInnen, sei es individuell und kurzfristig zu bestimmten Problemen oder längerfristig in Initiativen.

Da wir nun sowieso schon sehr wenige sind in unserer Partei, die sich mit allen möglichen gesellschaftlichen und politischen Problemen herumzuschlagen müssen und an vielfältigen Perspektiven arbeiten, bleibt es nicht aus, dass davon wiederum nicht übermäßig viele sich für Kommunalpolitik interessieren oder dafür Zeit haben. In anderen Parteien wird die Politik von wenigen gemacht, auch wenn diese sehr viele Mitglieder haben, den sogenannten Eliten nämlich.

Wenn dies bei uns auch der Zahl nach wenige sind, so ist jedoch festzuhalten, dass sich der Politikansatz grundlegend unterscheidet: Wo die anderen hinter den Kulissen mit der Macht herumschieben, werden bei uns die Diskussionsprozesse offen, nachvollziehbar und kontrollierbar geführt. Und das im gesellschaftlichen Dialog mit den Menschen, die an Kommunalpolitik Anteil nehmen und sich einmischen, weit über die Mitgliedschaft der GRÜNEN hinaus.

Die strukturellen Voraussetzungen in Partei und Gesellschaft – hier in Dortmund – sind so gelagert, dass wir – nicht nur vom Wahlergebnis her (55,4% SPD; 30,7% CDU, 10,7% GRÜNE) – eine Oppositionspartei sind, was sich nur allmählich und mit viel Mühe ändern kann, wenn es sich denn ändern soll. Diese Feststellung bezieht sich auf die Mitgliederzahl, auf die Art der Unterstützung, die wir aus der Gesellschaft erfahren und auf die programmatischen, organisatorischen und personellen Kapazitäten, über die wir verfügen. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass wir in Dortmund, auch wenn wir in den letzten fünf Jahren viel gelernt und ein markantes politisches Profil gewonnen haben, in einer „Koalition“ aufgrund subtiler Mechanismen und platter Alltagstricks über den Tisch gezogen werden könnten. Nur schwerlich ist alles kontrollierbar, was eine Stadtverwaltung verkehrt machen kann.

Die Funktion, die Verwaltung zu kontrollieren, die eigentlich vom gesamten Rat wahrgenommen werden müsste, bleibt letztlich nur den Fraktionen, die in der „Opposition“ sind – auch wenn es eine solche kommunalrechtlich gar nicht gibt. Über diese Kontrolle ergibt sich die Möglichkeit, die Inkompetenz der anderen, ihre mangelhaften Perspektiven für Stadtpolitik unter Beweis zu stellen und dadurch den öffentlichen Druck mitzuerzeugen, der zu Veränderungen führt. Von diesem Ausgangspunkt her stehen DIE GRÜNEN in meinen Augen dafür, auch die formelle Beteiligung an der politischen Macht in den Kommunen zu erringen, ohne unterzugehen. Also: Die Voraussetzung für eine Beteiligung an dieser Macht ist die Entwicklung einer Position von Gegenmacht. Wer die nicht entfaltet hat, ist immer in Gefahr unterzugehen.

Deshalb ist meine Position: Wir wollen keine „Anerkennung“ durch die anderen Parteien, wie dies oft in GRÜNEN Kreisen gewünscht oder auch als Faktum konstatiert wird. Denn bei „Anerkennung“ fällt mir immer das Streben der DDR nach Anerkennung ein, das zu viel an Minderwertigkeitskomplexen erzeugt hat. Ich meine, unsere politischen Gegner müssen uns fürchten – nicht obwohl, sondern gerade weil wir gewaltfrei Politik machen. Schonungslos müssen wir in diesem Sinne das Faktum beachten und nutzen, das ich schon genannt habe: Es ist erstaunlich, mit wie wenig Leuten erfolgreich Politik zu machen ist.

Wenn wir dies mit sozialer und ökologischer Perspektive im offenen gesellschaftlichen Dialog machen, dann werden wir – auch in der Opposition – mehr erreichen, als so manche GRÜN-Rote oder Ampel-Koalition. Denn wie lässt sich erfolgreich der Filz, der außen rot und innen schwarz ist, weil die CDU ja in allem drinhängt, in alles reingezogen wird und darüber eine eigenständige Kommunalpolitik im Ruhrgebiet vergisst, erfolgreich aufdecken, wenn es sich um Koalitions-„partner“ handelt? Herzlichen Glückwunsch denen, die dies in einer Koalition schaffen. Aber dazu bedarf es eines politischen Standings, das nicht überall vorhanden ist.

Wenn ich gesagt habe, unsere Gegner sollen uns fürchten, so möchte ich dies an einem Beispiel verdeutlichen, weil sonst ein Eindruck von Furcht und Schrecken entsteht, den ich verbreiten möchte. Wir haben in Dortmund im letzten Jahr den Rücktritt eines führenden SPD-Manns vom Vorsitz im Verwaltungsrat Stadtparkasse und im Kulturausschuss

erwirkt. Meine falsche Meinung war, dass nach diesem insgesamt für die SPD nicht sonderlich erfreulichen Vorgang die GenossInnen zumindest vorläufig kein Wort mehr mit uns sprechen würden. Aber was passierte in der Pause der Sitzung, in der der Rücktritt erfolgte?

Ein anderer SPD-Spitzenmann kam zum ersten Mal innerhalb von vier Jahren von sich aus auf mich zu, um über ein Problem zu reden, mit dem er und ich aufgrund einer Eingabe im Beschwerdeausschuss zu tun hatten. Und derselbe Mann ist an mich herangetreten, um mitzuteilen, dass er mit anderen ein renovierungsbedürftiges Haus von der Stadt Dortmund erwerben wolle. „Das machen wir aber nur, wenn Sie kein Theater machen.“ Wichtig dabei ist: Der Mann ist davon ausgegangen, dass es nicht möglich ist, eine solche Angelegenheit irgendwie kungelmäßig über die Bühne zu bringen. Entweder das Geschäft läuft offen und unter realen Bedingungen. Oder wir machen „Theater“ – will sagen, wir scheuen auch nicht die Information der Öffentlichkeit, um Schiebereien zu verhindern.

In GRÜNEN Kreisen wird bei Gesprächen über „Erfolgsbilanzen“ häufig der konkretistische Weg gesucht: Wann haben wir einen Antrag zum Verzicht auf Tropenholz gestellt, der abgelehnt worden ist? Und wann hat die SPD denselben Antrag gestellt und angenommen? Eine solche Beurteilung greift zu kurz. Denn wenn GRÜNE Kommunalpolitik als erfolgreich begriffen werden soll, dann darf die Bewertung nicht an Einzelheiten festgemacht werden. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als das Denken, aus dem heraus die Politik gestaltet wird, also das Zentrum der Kommunalpolitik.

Und da lässt sich ohne Übertreibung sagen, dass DIE GRÜNEN – und hier spreche ich sicher nicht nur für Dortmund – das „Klima“, ein besseres Wort fällt mir nicht ein, und das Niveau der kommunalpolitischen Auseinandersetzungen erheblich beeinflusst haben. Es gibt gerade im stadtplanerischen, verkehrspolitischen und Umweltbereich viele Punkte, die früher die Politik bestimmt haben und heute erst gar nicht mehr in Vorlagen für Ratsentscheidungen einfließen. Das hat häufig auch oder nur legitimatorischen Charakter, weil sich an der Politik real wenig bis nichts ändert außer den Parolen, mit denen diese verkauft wird. Damit muss Kommunalpolitik leben. Kommunale Planungen sind von Dauer.

Es wird auch unter GRÜNER Kommunalregierung in unserer Stadt etwa bei Priorität für den Öffentlichen Nahverkehr nicht leicht möglich sein, ein Dutzend Parkhäuser und Tiefgaragen einfach zu ignorieren. Und erst recht wird es nicht möglich sein, ohne gesellschaftliche Auseinandersetzungen und beharrliche Überzeugungsarbeit in den Bereichen relevante Veränderungen zu erzielen, in denen es auf das Handeln der einzelnen Menschen ankommt. Denn die müssen ihr Auto zuhause stehen lassen. Die müssen ihren Abfall getrennt sammeln. Ökologie geht nicht ohne Demokratie, wenn sie langfristig gesichert werden soll.

Was wir in Dortmund wie anderswo aus der Opposition heraus machen, ist kein „GRÜN-Rotes Projekt“. Wir sind nicht ängstlich, was die Übernahme unserer politischen Vorstellungen durch andere und die konkrete Umsetzung angeht. Von daher haben wir auch nichts gegen „Zusammenarbeit“ mit der SPD. Das wäre bei der CDU möglicherweise nicht anders, wenn sie in Dortmund überhaupt eine eigenständige Politik vertreten würde. Die gemeinsame Entscheidung von GRÜNEN und „Rot“ genannten Sozialdemokraten als „Projekt“ anzupreisen, erscheint mir viel zu hoch aufgehängt.

Wir haben etwa in Kassel gesehen, was davon übrig bleibt, wenn die SPD wieder die absolute Mehrheit bekommt, nämlich gar nichts. Dann ist die „Zusammenarbeit“ im Eimer. Was wir betreiben, ist eine pragmatische Politik in fundamentaler Absicht ohne überflüssige Flausen im Kopf, eine Politik mit Willen und Bewusstsein. Da haben die Begriffe „Zusammenarbeit“, und „Verantwortung“ nicht die quasi-religiöse Bedeutung, die ihnen heute häufig anhängt. Wir tragen die Verantwortung nur für das, was wir machen. Und wir machen nur das, was wir verantworten können. Und wir „verweigern“ uns nicht, sondern beziehen auch gegen bestimmte Planungen Stellung.

Konkret: Wir haben gegen die Bundesgartenschau 1991 in Dortmund votiert, und zwar aus guten Gründen. Nun wird diese aber auch ohne unsere Zustimmung stattfinden. Da wären wir doch schon blöd, wenn wir nicht mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen würden, möglichst viele unsinnige Maßnahmen zu verhindern und möglichst viele positive Projekte durchzusetzen – und zwar in Zusammenarbeit insbesondere mit Dortmunder Umwelt- und Naturschutzinitiativen.

Es ist ja nicht nur vom „GRÜN-Roten Projekt“ die Rede, sondern auch von einer solchen „Blockbildung“ und einer entsprechenden „Hegemonie“ in Politik und Gesellschaft. Ich halte das nicht nur für schlicht falsch, sondern andererseits auch für realitätsblind und für unsere Partei verhängnisvoll. Eine Partei wie DIE GRÜNEN kann sich nicht erlauben, ihr Profil in einem „GRÜN-Roten Block“ zu verlieren. Und derzeit sind die Aussichten, in einem solchen Block wirklich zu bestehen und in diesem selbst noch einmal „hegemonial“ zu sein, nicht sonderlich rosig für DIE GRÜNEN.

Ich sehe in der Realität auch eine doppelte Blockade, die solchen Überlegungen für einen GRÜN-Roten Mischmasch im Wege steht, eine Blockade durch „Unfähigkeiten“. Für DIE GRÜNEN habe ich schon darauf hingewiesen, dass es ihnen in vielen Bereichen nach wie vor an den programmatischen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen fehlt, um in solch enge Beziehungen zur SPD zu treten, wie sie die Begriffe „Blockbildung“ und „Hegemonie“ signalisieren. Der SPD fehlt – zumindest im Ruhrgebiet – in allen möglichen Bereichen, die für DIE GRÜNEN zentral sind, das Verständnis für eine soziale und ökologische Sicht auf die Probleme. Traditionalismus ist nach wie vor angesagt, Wachstum steht auf der Tagesordnung, High Tech ist dafür nur ein – wichtiges – Beispiel. Münchhausen will sich nach wie vor am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen.

Was tun? Ich plädiere dafür, kompetent, hartnäckig und fantasievoll weiterzuarbeiten, um auf diese Weise das politische Kräfteparallelogramm sinnvoll und erfolgreich für DIE GRÜNEN und ihre Politik zu spannen. Eine eminent wichtige Voraussetzung dafür ist, Informationskanäle aufzutun. Denn die wichtigsten Informationen kommen meist aus informellen Quellen. Und da diese überraschend sprudeln, bringen sie „Leben in die Bude“. Die politischen Gegner rechnen nicht damit – früher hätte ich dazu noch sagen können: „Mit Geschick den Tigerberg erobern.“ Und verlässlich muss GRÜNE Politik sein – nicht im Sinne von Gehorsam und Strammstehen, wenn Interessen angemeldet werden, sondern auf der Basis solidarischer Zusammenarbeit. Alles andere wäre der Weg zum Opportunismus. Auf dieser Basis haben wir in Dortmund für die Wahl am 01. Oktober 1989 eine Kommunalpolitische Erklärung vorgelegt, von der ich meine, mit berechtigtem Stolz sagen zu können,

dass sie beispielhaft ist. Wir haben niedergeschrieben, was eine Kommune unter den heutigen Restriktionen tun könnte, um sozial und ökologisch notwendige Erfolge zu erzielen.

Wir haben nicht – wie dies SPD und CDU immer wieder in Pawlowscher Manier vorexerzieren, indem sie jeweils der Bundesregierung oder der Landesregierung die Schuld daran geben, dass nichts läuft – die mangelnden Kompetenzen der Kommunen beklagt, sondern diese im Sinne einer sozialen und ökologischen Politik ausgereizt. Da kann niemand ankommen und erklären, das gehe alles nicht, weil die Kommune nicht zuständig ist. Es war für uns selbst erstaunlich viel, was da zusammengetragen werden konnte.

Wir haben bei der „Produktion“ unserer Kommunalpolitischen Erklärung nicht irgendwelche Bücher gewälzt oder die eigenen Gehirne überstrapaziert, sondern den Dialog mit denjenigen gesucht, die in der Gesellschaft an sozialen und ökologischen Problemen arbeiten. Zwei – bei anderen Parteien würde man sagen „hochkarätig besetzte“ – Hearings zu kommunalen Möglichkeiten im ökologischen und ökonomischen Bereich haben die Grundlagen für unsere weitere Arbeit geschaffen. Und sie haben uns, in aller Bescheidenheit, deutlich gemacht, dass wir auch in den letzten Jahren mit offenen Augen und angemessen großer Klappe unsere Politik gemacht haben.

Wir schielen nicht danach, was andere gerne von und bei uns hätten, um ihnen gefällig zu sein. Wir formulieren unsere Perspektiven – und stellen immer wieder erfreut fest, dass es relevante gesellschaftliche Gruppen gibt, die sich in dieselbe Richtung bewegen. Dafür einige Beispiele:

- Wir haben unsere Vorstellungen zur kommunalen Energiepolitik unter Einschluss der Nutzung regenerativer Energien, des Ausstiegs aus der „friedlichen Nutzung“ der Kernenergie und der Rekommunalisierung der Energieverteilung formuliert. In den folgenden Monaten haben der SPD-Unterbezirk, der DGB und die ÖTV, aber auch Umweltschutzverbände ihre Stellungnahmen abgegeben – alle mit derselben Perspektive wie wir und mit zusätzlichen Facetten, die für die Diskussion fruchtbar sind. Es gab keine Widersprüche in wichtigen Fragen. Das Energiewende-Komitee in Dortmund kann sich über

dieses Ergebnis einer Zusammenarbeit, wie wir sie uns vorstellen, herzlich freuen.

- Wir haben zur Flächenproblematik (Ansiedlung im Freiraum – Flächenrecycling) unsere Meinung gesagt. Wenig später hat der DGB sich dazu geäußert. In den Dortmunder Zeitungen wird morgen das Ergebnis des Gesprächs mit dem DGB-Dortmund, das wir vor zwei Tagen geführt haben, zu lesen sein: „DGB und GRÜNE in Energie- und Flächenpolitik weitgehend einig“. Da werden sich manche wundern – und ärgern, vor allem auf der anderen Flurseite unserer Geschäftsstelle. Da sitzt nämlich die SPD-Fraktion.
- Wir haben unsere Überlegungen zur kommunalen Beschäftigungspolitik niedergelegt und der Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben. Eine Stellungnahme der ÖTV zu den Handlungsräumen, die aufgrund des insgesamt ausgeglichenen Dortmunder Haushalts vorhanden sind, hat ebenso weitgehende Übereinstimmungen gezeigt, wie wir sie mit dem DGB zu anderen Fragen hatten. In Dortmund geht das Bonmot um, die Gewerkschaften müssten bei der Formulierung von Wahlprüfsteinen aufpassen, dass die SPD noch wählbar bleibt.

Dies alles waren selbstverständlich Gespräche und Übereinstimmungen mit den „Eliten“ anderer Organisationen. Aber die sind ja nicht ohne Einfluss. Und die reden auch nicht einfach nur drauflos, sondern geben sich größte Mühe, den Konsens in ihren Organisationen zu halten. Was bedeutet das alles? Ich komme zurück auf die „Hegemonie“ und sage auf dem Hintergrund all der Überlegungen, die ich vorgetragen habe:

Um die Hegemonie in der gesellschaftlichen und politischen Debatte zu erringen, brauchen wir keine „Blockbildung“ mit der SPD. Auf weite Strecken sind wir in der Debatte die „Hegemonial-Kraft“. Das betrifft politisch-inhaltliche, also programmatische Fragen ebenso wie die Ebene von Transparenz, Information und Demokratie – letztlich den Antifilz. Das soll so bleiben. Und wenn das dann irgendwann eine „GRÜN-Rote Zusammenarbeit“ ergibt, weil die SPD endlich ihre absolute Mehrheit verloren hat – umso besser. Denn dann sind wir programmatisch, organisatorisch und personell so entwickelt, dass uns der Tanker nicht platt machen kann.